

Aus dem Bundeshaus



Christine Bulliard

Nationalrätin (Die Mitte)

«Ein Kompromiss ist nötig und liegt nun vor»

Bei der AHV-Reform geht es um die Frage, in welcher Form und wie vielen Frauen der sogenannten Übergangsjahrgänge das um ein Jahr höhere Rentenalter abgegolten werden soll. Der Nationalrat wollte zuerst sechs Jahrgänge berücksichtigen, lenkte aber auf neun Jahrgänge ein. Wofür haben Sie gestimmt?

Ich war für neun Jahre. Die Frauen müssen zwar künftig ein Jahr länger arbeiten, längerfristig verlieren sie aber nichts. Und jene Frauen, die nun bald in Rente gehen, erhalten in der Version des Nationalrats maximal 140 Franken AHV mehr pro Monat. So profitieren vor allem Frauen mit einer tiefen AHV-Rente.

Die Frauen arbeiten länger, also verlieren sie doch etwas?

Die Frauen, die erst in zehn Jahren und später in Rente gehen, haben Zeit, ihre Pension vorzubereiten. Und jene, die vorher pensioniert werden, erhalten ja eine Entschädigung.

Warum sind Sie für ein höheres Frauenrentenalter?

Es geht darum, die AHV für künftige Generationen zu sichern. Die Frauen leisten dazu einen wichtigen Beitrag, wenn sie gleich lange arbeiten wie die Männer. Und so fällt eine alte Entschuldigung für die Ungleichbehandlung der Frauen im Arbeitsleben weg.

Damit fällt auch das Pfand des früheren Rentenalters weg, bevor der Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit erfüllt wurde.

Das stimmt. Aber das Thema Altersvorsorge ist ein wichtiges Thema. In der Vergangenheit sind die Rentenreformen immer wieder gescheitert. Dies, obwohl Reformen dringen nötig sind. Ein Kompromiss ist nötig und liegt nun vor. Sonst haben später unsere Jungen ein Problem mit der Altersvorsorge.

Gehen Sie davon aus, dass diese Vorlage an der Urne durchkäme?

Ich hoffe es. Das System der AHV befindet sich in einer Schieflage: Die Menschen werden immer älter, und im Verhältnis zahlen immer weniger ein. Daher müssen wir nun zur Absicherung der Renten der jungen Generationen ein Opfer bringen. Und gerade junge Frauen finden diesen Schritt nachvollziehbar.

njb/Bild Charles Ellena/a

Während den Sessionen im Bundeshaus befragen die FN jede Woche eine Parlamentarierin oder einen Parlamentarier der Freiburger Delegation zu einem aktuellen Thema.